

Landeshaushalt 2014 eingebracht

Weniger Neuverschuldung - mehr Geld für Bildung, Betreuung, Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen



Foto: Gerd Altmann | Pixelio.de

Am Mittwoch hat die Landesregierung ihren Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vorgelegt. Finanzminister Norbert Walter-Borjans legte einen Haushalt vor, der sich mit den Schlagworten sparen, investieren und nachhaltige Verbesserung der Einnahmen am besten zusammenfassen lässt. Wir gehen dabei konsequent den Weg hin zu einer Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020. Der neue Haushalt ist auf konsequente Konsolidierung ausgerichtet, aber ohne auf zukunftssichernde soziale, ökologische und wirtschaftsfördernde Politik zu verzichten.

Seit 2010 hat die Landesregierung die Neuverschuldung von 6,6 auf 2,4 Milliarden Euro abgebaut, also um fast 64 Prozent. Besondere Herausforderungen sieht Finanzminister Norbert Walter-Borjans für den 2014-er Etat in der dringend notwendigen Sanierung der Infrastruktur, beim weiteren Ausbau des inklusiven Bildungssystems, aber ebenso bei der Hilfe für finanzschwache Kommunen. Der Haushaltsentwurf 2014 hat ein Rekordvolumen von insgesamt 62,3 Milliarden Euro. Das sind knapp 1,8 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Der im März verabschiedete Etat für 2013 sieht nun – inklusive neu vorgelegtem Nachtragshaushalt – leicht erhöhte Gesamtausgaben von 60,4 Milliarden Euro vor.

Unter anderem plant die Landesregierung fast 20 Milliarden als Finanzspritze für die Kommunen. In Bildung und Wissenschaft sollen 25,5 Milliarden Euro investiert werden, also rund eine Milliarde Euro mehr als in diesem Jahr. Für die sogenannte frühe Bildung sind etwa zwei Milliarden Euro und damit 109 Millionen Euro mehr als 2013 geplant. Das Geld wird unter anderem für Betriebskosten von insgesamt 157.000 U3-Plätzen ausgegeben. Der Etat 2014 wird der vierte Haushalt in Folge auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020.

Rede:

Hannelore Kraft zum Haushalt 2014

Weiterlesen:

Haushaltsentwurf 2014

Weiterlesen:

Mittelfristige Finanzplanung

Weiterlesen:

Gemeindefinanzierungsgesetz

Weiterlesen:

Der Haushalt 2014 als Grafik



*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

In der ersten Plenarwoche nach der Sommerpause ging es hoch her. In der Debatte um die Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2014 vermischten sich schnell Landesthemen mit aktueller Bundespolitik. Mit dem Haushaltsentwurf hat die Landesregierung gezeigt, dass sie den Weg der Haushaltskonsolidierung nicht nur konsequent fortsetzt, sondern dabei auch weiterhin in Bildung, Betreuung, Schienen und Straßen und in die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen investiert. Aber es gab auch andere Themen. Neben einer Debatte um CIA-Aktivitäten in Neuss wurde auch über die umstrittene Sprachstandfeststellung für Kindergartenkinder, kommunales Wahlrecht, zuviel gezahlte Solidaritätsbeiträge der Kommunen und die Binnenschiffahrt in NRW debattiert- ein bunter Themenmix wartet also auf Sie.

Für die Abgeordneten
 Ihr





Foto: Klaas Hartz | Pixelio.de

Straßen entlasten - Binnenschifffahrt stärken – Wirtschaftskraft sichern

SPD, Grüne und FDP im Kern einig – wir brauchen eine Binnenschifffahrtsinitiative für NRW

Der Koalitionsvertrag von 2012 sieht es bereits vor: Wir wollen unsere Binnenschifffahrt durch eine landesweite Initiative stärken – im Landtag herrschte große Einigkeit zwischen SPD, Grüne und FDP, dass die Initiative nun vorangetrieben werden muss. *Warum brauchen wir eine solche Initiative?* NRW ist Transitland Nummer Eins in Deutschland – unser Autobahnnetz ist stark beansprucht und kommt an seine Belastungsgrenze. Wir KölnerInnen kennen das – der Autobahnring rund um unsere Stadt herum ist der meistbefahrene Autobahnring Europas. Unsere Rheinbrücken sind marode, der Verkehr nimmt immer weiter zu – aktuell erleben viele von uns die direkten Auswirkungen dadurch, dass sie sich in einer Art Dauerstau in Richtung Leverkusen bewegen. Wir sind der Meinung, dass in Zukunft deutlich mehr Güter über unsere Binnengewässer transportiert werden sollten.

Im Wesentlichen zielt unsere Initiative daher auf drei Punkte:

- 1. Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Binnenschifffahrtsland Nummer eins in Deutschland stärken. Wir wollen die Binnenschifffahrt als ein wesentliches Standbein unseres Industrie- und Wirtschaftsstandorts sichern und ausbauen.**
- 2. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen ein ressourcenschonendes Verkehrssystem etablieren und deshalb deutlich mehr Gütertransporte auf die Binnenschiffe verlagern.**
- 3. Wir wollen Gütertransporte auch in der Binnenschifffahrt möglichst umwelt- und klimaschonend abwickeln. Wir wollen deshalb, dass sich die in die Jahre gekommene Binnenschifffahrtsflotte mit vertretbarem Aufwand erneuern lässt.**

Weiterlesen:

Lesen Sie HIER den vollständigen Artikel

Antrag:

Drucksache 16/4015

Antrag:

Drucksache 16/3450

Wohin schwimmt der Delfin?



Foto: rainer Sturm | Pixelio.de

In einer (leider kurzen) Debatte wertete der Landtag zu später Stunde die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU zur „Sprachstandsfeststellung und zur Sprachförderung im Elementar- und Primarbereich sowie im Übergang zu weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen“ (**Drucksachen 16/2138** und **16/3328 (Neudruck)**) aus. Der noch von der schwarz-gelben Regierung 2007 eingeführte verbindliche Test für alle Kinder zwei Jahre vor der Einschulung, besser bekannt als „Delfin 4“, später „Delfin 5“, hatte in seinen Anfängen zu heftigen Kontroversen geführt: Das Verfahren zeigt nur eine „tagesformabhängige“ Momentaufnahme der Sprachbildung des Kindes und nicht ein umfassendes Bild dieses komplexen Prozesses; es diskreditierte in seiner anfänglichen Umsetzung die Kompetenz und Leistung der ErzieherInnen in den Einrichtungen, da der Test ausschließlich von Grundschul-Lehrkräften durchgeführt wurde und es trennt die Diagnose von der Förderung.

Zudem – und daran hat sich grundsätzlich nichts geändert – fallen Tausende Unterrichtsstunden an Grundschulen landesweit aus, da die Primarlehrkräfte nach wie vor in die Testverfahren eingebunden sind.

Die Antwort der Landesregierung liegt nun auf Grundlage einer ausführlichen Befragung von 5.379 Kitas (von 9.364 in NRW) vor. Für die Beteiligung ist den Leitungen und Fachkräften sehr herzlich zu danken, gab es doch besonders in den vergangenen Monaten zugleich ein Mehr an Aufgaben in den Kitas zu bewältigen.

Der Anteil der Kinder mit festgestelltem zusätzlichem Sprachförderbedarf liegt bei ca. 24%, mit nur sehr geringen Schwankungen seit der „ersten Runde“.

Über die Wirksamkeit der zusätzlichen Förderung kann man trefflich streiten, wenn diese nicht in den Alltag der Kinder integriert ist. Das „Herausnehmen“ von Kindern aus der Gruppe zur *separaten* Sprachförderung ist unserer Ansicht nach nicht der richtige Weg. Viele Fachkräfte und auch WissenschaftlerInnen teilen diese Auffassung.

Die Datensammlung, die uns die Antwort der Landesregierung bietet, werden wir natürlich bei unserem (schon im Koalitionsvertrag vereinbarten) Vorhaben nutzen, das Verfahren zu verändern. Im Zuge der nächsten Kibiz-Reform wollen wir das reine Testverfahren abschaffen und die Sprachförderung in den Kitas kindgerechter, dem Kinder-Alltag verbundener und der Kompetenz der ErzieherInnen angemessener gestalten. Ein breit angelegtes Fortbildungsangebot für die Fachkräfte soll diesen wichtigen Bereich frühpädagogischer Arbeit unterstützen, auch in der Aufgabenstellung Deutsch als Zweitsprache.

Zum 1.8.2014 sollen diese Änderungen, neben anderen Fortschritten im Personalbereich, in Kraft treten.

PRISM und Co – Mitten in NRW !

Unsere Freiheit steht auf dem Spiel !!!!

Es sind nicht nur die Spähprogramme wie „Prism“ und „Tempora“, mit denen der amerikanische und britische Geheimdienst unseren gesamten Datenverkehr von Emails, Fotos über Chatnachrichten bis hin zu Telefongesprächen abgefangen und durchsucht hat – ein weiterer Standort eines geheimen Spähprojekts hat sich tatsächlich auch in Nordrhein-Westfalen befunden.

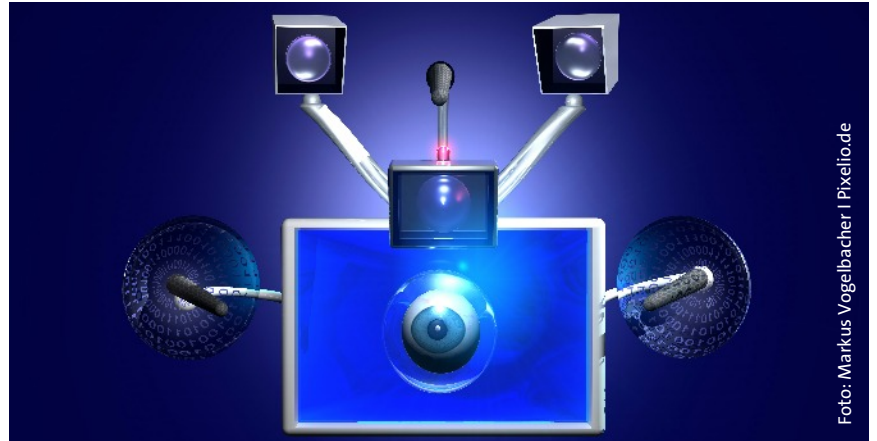


Foto: Markus Vogelbacher | Pixelio.de

Von 2005 bis 2010 wurden in Neuss von der CIA und dem Bundesamt für Verfassungsschutz das „Projekt 6“ durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Datenbank, in die Informationen von mutmaßlichen Dschihadisten und Terrorunterstützern eingegeben wurden.

Dass ein großer Teil unserer digitalen Kommunikation anlasslos und verdachtslos gesammelt wird, führt logischerweise zu einem massiven Vertrauensverlust in die Chancen der Digitalisierung und könnte verheerende Folgen für die digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen haben. Daher besteht dringender Handlungsbedarf, die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen und die Grundrechte der Bevölkerung in Deutschland zu bewahren.

Der Landtag in NRW hatte sich schon im Juni und Juli 2013 mit diesem Sachverhalt intensiv befasst und fordert jetzt die Bundesregierung ausdrücklich auf, endlich einmal Klarheit über Art, Umfang und Rechtsgrundlage der Überwachungstätigkeit ausländischer Geheimdienste zu schaffen. Informationen hierzu wurden bisher auf massives Drängen und Nachfragen nur stückweise offengelegt. Fragen des nordrhein-westfälischen Innenministers zum „Projekt 6“ wurden dazu gar nicht, oder nur unzureichend und inhaltslos beantwortet.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen verlangt aus diesem Grund von der Bundesregierung:

- 1) alle verfügbaren Mittel zu nutzen, um ein Ende der Überwachung zu ermöglichen
- 2) statt die Verantwortung für die eigene Datensicherheit auf die Bürgerinnen und Bürger abzuschieben, endlich selbst aktiv zu werden und das illegale Ausspähen von privaten Daten durch ausländische Geheimdienste zu verhindern
- 3) alle bekannten Details zum „Projekt 6“ offenzulegen, sowie zu allen weiteren Tätigkeiten ausländischer Geheimdienste
- 4) internationales Recht im Überwachungsskandal durchzusetzen
- 5) das Ziel einer schlagkräftigen Europäischen Datenschutzreform

Es ist richtig, dass die Landesregierung weiterhin bei der Aufklärung nordrhein-westfälischer Unternehmen bezüglich der Sicherheit ihrer Kommunikationsinfrastruktur aktiv ist. Darüber hinaus ist jedoch eine rückhaltlose Berichterstattung betreffend der Kommunikationssicherheit erforderlich, um überprüfen zu können, ob und inwiefern hier Anpassungen in Folge der NSA-Affäre erforderlich sind!

Weiterlesen:

Drucksache 16/4014

Änderungen wegen gemeinsamer Wahlen ab 2015

Die Landesregierung will die Wahltermine von Räten und Bürgermeistern wieder zusammenführen. Spätestens 2020 wird das der Fall sein. Dafür soll die Wahlperiode der Räte mit der Abstimmung im Frühjahr 2014 einmalig auf sechs Jahre ausgedehnt werden, um ab 2020 Kommunalvertretungen und Bürgermeister dann wieder jeweils für fünf Jahre zu wählen. Amtierende Bürgermeister können durch freiwilligen Verzicht ihre Amtszeit verkürzen, um schon ab 2014 nur noch einen Wahltag für Rat und Hauptgemeindebeamte festzulegen.

Mit den rechtlichen Grundlagen für diesen freiwilligen Amtsverzicht, die Zeit zwischen möglichen Stichwahlen und eine Amtseinführung befasste sich der Landtag. Es ging um Nachbesserungen, weil die Amtszeit zwischen dem Kommunalwahltag und dem möglichen Termin der wieder eingeführten Stichwahl (drei Wochen später) enden würde. Bei einer Stichwahl dürfte der Amtsinhaber nicht mehr seinen Titel tragen und auch nicht mit ihm werben. Zudem müssen beamtenrechtliche Fragen und Details geklärt werden: Beispielsweise ob der wiedergewählte Amtsinhaber für wenige Tage in den Ruhestand versetzt wäre. Ab wann die Arbeit in einer Vertretung aufgenommen werden kann, ab wann die Zeit für den Ersatzbewerber beginnt, der ausschließlich für einen Wahlkreisbewerber aufgestellt wurde.

Nachgebessert wird zudem an Fristverlängerungen für Neuwahlen, konstituierende Sitzungen und anderes. Mit dem geänderten Kommunalwahlgesetz hat das Land bereits im Frühjahr ein Erbe noch aus der schwarz-gelben Regierungszeit verbessert. Diese hatte unter anderem die unterschiedlichen Amtszeiten bei Bürgermeistern und Landräten und somit die verschiedenen Wahltermine eingeführt. Das erwies sich als wenig praktikabel.

Rede: [Rede von Lisa Steinmann](#)

Weiterlesen: [Drucksache 16/3387](#)

Kosten für Einheit fair verteilen auf Land und Kommunen

Die Kosten für die Deutsche Einheit sollen zukünftig fair zwischen Land und Kommunen verteilt werden. Das ist das Ziel der Novelle zum Einheitslastenabrechnungsgesetz der Landesregierung, das derzeit im Landtag beraten wird. Damit wird auch ein Problem gelöst, das die schwarz-gelbe Vorgängerregierung als Erbe übrig ließ. Dadurch erhalten die Kommunen nun rückwirkend für den Zeitraum zwischen 2007 und 2011 rund 275 Millionen Euro an zu viel gezahlten Solidaritätsbeiträgen zurück. In den Folgejahren liegt die voraussichtliche Ersparnis zwischen 130 und 155 Millionen Euro pro Jahr. Dies hängt insbesondere von den Steuereinnahmen ab. Damit setzt das Land eine Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs NRW um. Statt bisher 440 sollen nun 550 Millionen Euro pro Jahr zugunsten der Kommunen für den Lastenausgleich ausgegeben werden. Damit steht das Land zu seiner Zusage, dass es für 2007 und 2008 keine Rückforderung bereits gewährter Zahlungen geben wird. Der Lastenausgleich zur deutschen Einheit ist bis zum Jahr 2019 befristet.

Weiterlesen: [Drucksache 16/3966](#)

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiter Sascha Solbach (sascha.solbach@landtag.nrw.de) oder Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Haushalts- und Finanzausschuss und Hauptausschuss

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschuss für Kommunalpolitik und Ausschuss für Medien und Kultur

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de